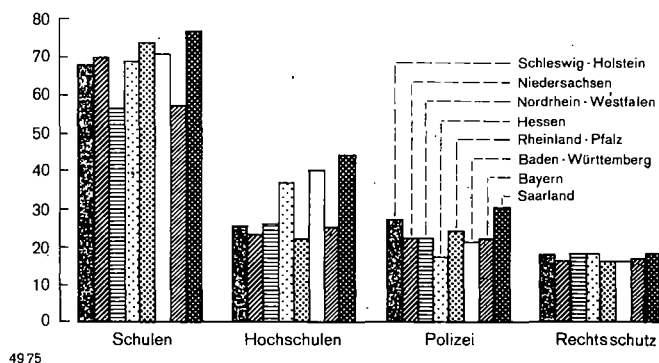


Schaubild 3

Personal der Länder am 2. 10. 1973
nach ausgewählten Aufgabenbereichen je 10 000 Einwohner



49 75

vollzogen wurde und inzwischen die gesetzliche Gebietsreform am 1. 1. 75 stattgefunden hat, ist auf eine Gliederung nach Gemeindegrößenklassen in den kleineren Gruppen unter 20 000 Einwohner verzichtet worden, da sie im Augenblick des ständigen Wechsels wenig aussagekräftig wäre und sogar zu falschen Schlußfolgerungen führen könnte.

Hinzu kommt, daß zur Zeit im Zusammenhang mit der Gebietsreform ein weiterer Prozeß der Aufgabenverlagerung von der Einzelgemeinde auf die Verwaltungsgemeinschaft oder den Gemeindeverwaltungsverband im Gange ist, der Folgerungen auf die Personalausstattung der Gemeinde einerseits und dieser in der Entstehung begriffenen Verbände andererseits nach sich zieht.

Dieser Prozeß der sogenannten Funktionalreform ist auf der Ebene der Landkreisverwaltungen durch Übertragung von Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden in vollem Gange.

Ausblick

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder halten aus „wirtschafts-, haushalts- und finanzpolitischen Gründen eine gemeinsame stabilitätskonforme Steuerung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst“ für unerlässlich. In einem

zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder am 29. November 1974 vereinbarten Abkommen verpflichten sie sich deshalb, dafür einzutreten, daß in ihrem jeweiligen Bereich auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts einschließlich des Tarifrechts für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes keine kostenwirksamen strukturellen Maßnahmen getroffen werden.

Die Landesregierung hat entsprechend diesem Abkommen bereits für die Durchführung der Haushalte 1975 und 1976 - um den notwendigen Spielraum zur Finanzierung erforderlicher Investitionen zu sichern - im Personalsektor folgende Sparmaßnahmen vorgesehen:

1. alle freiwerdenden Stellen in der Landesverwaltung dürfen mindestens drei Monate lang nicht besetzt werden. Ob sie nach dieser Frist besetzt werden, hängt von einer Kommissionsprüfung ab.
2. alle in den Haushalten 1975 und 1976 erstmals angeforderten neuen Stellen unterliegen ebenfalls einer Kommissionsprüfung, ob sie überhaupt besetzt werden müssen.
3. in den Jahren 1975 und 1976 sollen keine Stellenhebungen vorgenommen werden (außer dem automatischen Einrücken in höhere Besoldungsstufen).

Von dieser Besetzungssperre sind nur einige für staatliche Aufgaben lebenswichtige Gruppen (z. B. Polizeidienst) ausgenommen.

Die Gemeinden, die sich in einer ähnlichen haushalts- und finanzpolitischen Lage befinden wie das Land, werden gleichermaßen versuchen, dem Trend zu steigenden Personalkosten entgegenzusteuern.

Die nun einsetzende Tendenz zum Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst und alle sonstigen einschränkenden Maßnahmen wie sie für die künftigen Jahre auf dem Personalsektor geplant sind, können wohl nur bei voller Ausschöpfung weiterer Rationalisierungsmöglichkeiten und gleichzeitig steigender Qualifikation der Beschäftigten durchgeführt werden, wenn sichergestellt bleiben soll, daß der Bürger auch künftig auf ausreichende Erfüllung der öffentlichen Aufgaben Anspruch haben darf. Auf die Frage, ob im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen nicht auch eine Überprüfung des Umfangs und der Prioritätenskala der Aufgabenbereiche des öffentlichen Sektors erfolgen muß, soll hier nicht eingegangen werden.

Ruth Kretschmer

Einkommen und Besteuerung der Körperschaftsteuerpflichtigen

Ausgewählte Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik 1971

Vorbemerkungen

Mit den Ergebnissen der Körperschaftsteuerstatistik 1971 können neue Daten über die Verteilung der Gewinne bzw. Verluste der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen vorgelegt werden. Der Gesamtheit dieser Unternehmen kommt eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung zu; auf sie entfielen in Baden-Württemberg zum Beispiel im Jahre 1972 rund 40% des Gesamtumsatzes, obwohl sie nach ihrer Anzahl nur etwa 5% aller Unternehmen ausmachten.

Seit 1965 wird die Körperschaftsteuerstatistik bundeseinheitlich aufgrund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I. S. 665) in dreijährigem Turnus erhoben und für das Jahr 1971 zum 7. Male im Bundesgebiet und Berlin (West) ermittelt. Sie basiert als Sekundärstatistik auf den Steuerunterlagen der Finanzverwaltung. Änderungen der steuerrechtlichen Vorschriften können deshalb die Ergebnisse der Statistik wesentlich beeinflussen und die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Erhebungen einschränken. Im

Veranlagungszeitraum 1971 war das Körperschaftsteuergesetz 1968 in der Fassung vom 13. Oktober 1969 gültig.

Als *unbeschränkt* körperschaftsteuerpflichtig gelten folgende Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, soweit sie ihren Sitz im Inland haben: Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften); Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit; sonstige juristische Personen des privaten Rechts; nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen sowie Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts. *Beschränkt* steuerpflichtig sind Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben. Von der Körperschaftsteuer *befreit* ist eine Reihe im Gesetz aufgeführter Unternehmen, die besonders wichtige Aufgaben von allgemeinem Interesse bzw. staatswirtschaftlicher Art erfüllen oder in besonderem

Tabelle 1
Körperschaftsteuerpflichtige

Art der Steuerpflicht	1968		1971		Veränderung in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Steuerbelastete	8 213	65,3	8 832	60,8	+ 7,5
Unbeschränkt Steuerpflichtige	8 151	64,8	8 740	60,1	+ 7,2
darunter					
Organgesellschaften	895	7,1	158	1,1	-82,4
Pauschbest.-Fälle	4	0,0	4	0,0	± 0
Beschränkt Steuerpflichtige	62	0,5	92	0,6	+48,4
Verlustfälle	4 363	34,7	5 701	39,2	+30,7
darunter					
Organgesellschaften	194	1,5	288	2,0	+48,5
Steuerpflichtige insgesamt	12 576	100	14 533	100	+ 15,6
Nachrichtlich:					
nv-Fälle	1 953		2 535		+29,8

Maße sozialen, kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Als Erhebungsunterlagen wurden die Durchschriften der Körperschaftsteuerbescheide sowie die Sonderanlage ESt/KSt 1971 herangezogen. Konnte bei Körperschaftsteuerpflichtigen bis zu dem festgesetzten Schlußtermin, dem 31. März 1974, die Veranlagung nicht abgeschlossen werden, nahmen die Finanzämter eine vorläufige Veranlagung vor.

Die Körperschaftssteuerstatistik 1971 wurde als Totalerhebung durchgeführt. Die Aufbereitung erfolgte überwiegend manuell, einige wichtige Eckwerte wurden mit Hilfe der EDV ermittelt, was die Abstimmung des umfangreichen Tabellenprogramms erleichterte.

Höhere durchschnittliche Steuerbelastung

In Baden-Württemberg wurden im Veranlagungsjahr 1971 14 533 körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen erfaßt. Im Verlauf des wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1968 hatte sich ihre Anzahl um 15,6% erhöht. Von den 8832 steuerbelasteten Unternehmen unterlagen 92 der beschränkten Steuerpflicht. In 5701 Fällen hatte die Anwendung der steuerrechtlichen Vorschriften zum Ausweis eines Verlustes geführt.

Dem unterdurchschnittlichen Zuwachs der Steuerbelasteten

¹ Vgl. Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik 1971, Statistische Berichte L IV - 1971/7 Hrsq. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Tabelle 2
Einkommen und Steuerschuld der steuerbelasteten unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen nach Körperschaftsarten¹⁾

Körperschaftsart	Steuerpflichtige					Einkommen					Steuerschuld				
	1968		1971		Veränderung in %	1968		1971		Veränderung in %	1968		1971		Veränderung in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Kapitalgesellschaften	3 950	48,5	5 773	66,1	+ 46,2	3 353	77,9	4 450	87,8	+ 32,7	1 195	77,2	1 829	89,8	+ 53,1
darunter															
AG, KG a. A.	206	2,5	190	2,2	- 7,8	1 310	30,4	1 608	31,7	+ 22,8	508	32,8	596	29,3	+ 17,3
GmbH ²⁾	3 744	46,0	5 583	63,9	+ 49,1	2 043	47,5	2 843	56,1	+ 39,2	687	44,4	1 233	60,6	+ 79,5
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	2 584	31,7	2 000	22,9	- 22,6	153	3,6	218	4,3	+ 42,5	55	3,6	75	3,7	+ 36,4
Versicherungsvereine a. G.	19	0,2	16	0,2	- 15,8	10	0,2	12	0,2	+ 20,0	5	0,3	6	0,3	+ 20,0
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des Öffentl. Rechts	412	5,1	361	4,1	- 12,4	271	6,3	297	9,6	+ 9,6	101	6,5	108	5,3	+ 6,9
Sonstige															
Körperschaftsteuerpflichtige	287	3,5	428	4,9	+ 49,1	35	0,8	16	0,3	- 54,3	17	1,1	10	0,5	- 41,2
Organgesellschaften	895	11,0	158	1,8	- 82,4	484	11,2	77	1,5	- 89,1	177	11,4	11	0,5	- 93,8
Insgesamt	8 147	100	8 736	100	+ 7,2	4 305	100	5 071	100	+ 17,8	1 548	100	2 036	100	+ 31,5

Differenzen der Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Ohne Pauschbesteuernde. - ²⁾ Zur Wahrung des Steuergeheimnisses einschließlich der Werte der Bergrechtlichen Gewerkschaften.

von 7,5% stand ein Anstieg der Verlustfälle von 30,7% seit 1968 gegenüber. Die auf das Jahr 1957 zurückgehende Entwicklung des ständig abnehmenden Anteils der steuerbelasteten Unternehmen setzte sich somit 1971 fort, so daß nur noch rund 60% der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen mit Steuer belastet waren. Der geringe Zuwachs der Steuerbelasteten ist hauptsächlich auf die neu eingeführte Regelung des § 7a KStG zurückzuführen, nach der Organgesellschaften nicht mehr zur Körperschaftsteuer veranlagt werden soweit ihr Einkommen, bis auf die von der Organgesellschaft zu versteuernden Ausgleichszahlungen, dem Organtträger zugerechnet und von diesem auch versteuert wird. Dies hatte zur Folge, daß 1971 nur noch 158 steuerbelastete Organgesellschaften festgestellt wurden, während 1968 noch 895 steuerbelastet waren. Von den Finanzämtern wurden 2535 *nv-Fälle* gemeldet, dies sind Unternehmen, die nur geringfügige oder keine Einkünfte erzielten aber auch keine Verluste aufwiesen und deshalb nicht zur Körperschaftsteuer veranlagt worden waren.

Der steuerliche Gewinn der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen stieg gegenüber 1968 um 17,6% auf 5138 Mill. DM an, blieb damit aber hinter dem Zuwachs des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 23,2% zurück.

Die Körperschaftsteuerschuld der unbeschränkt Steuerpflichtigen belief sich auf 2036 Mill. DM. Die durchschnittliche Steuerbelastung war gegenüber 1968 um 4,2 Prozentpunkte auf 40,2% gestiegen. Das Körperschaftsteuerrecht wird durch eine Vielfalt von Steuersätzen charakterisiert, die auf die jeweiligen, im Gesetz bezeichneten Tatbestände anzuwenden sind. Hieraus leiten sich die Schwankungen der durchschnittlichen Steuerbelastung in den vorangegangenen Erhebungsjahren ab. Die körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen können die Steuerbelastung in einem gewissen Rahmen autonom festlegen, da ausgeschüttete und einbehaltene Gewinnanteile mit unterschiedlichen Steuersätzen belegt werden. Der Anstieg der durchschnittlichen Steuerbelastung im Jahre 1971 stellte sich unter anderem ein, weil der Anteil der einbehaltenen und mit dem Steuersatz von 51% belasteten Gewinne von 39,6% im Jahre 1968 auf 54,9% gestiegen und gleichzeitig der Anteil der ausgeschütteten Gewinne, die mit 15% besteuert werden, von 30,5% auf 19,6% zurückgegangen war. Das veränderte Finanzierungsklima hatte diese unternehmungspolitischen Entscheidungen bewirkt. Mit dem konjunkturellen Aufschwung hatte sich das Zinsniveau wesentlich erhöht, die daraus resultierende Kostenbelastung zwang die Unternehmen die Fremdfinanzierung auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren.

Die verstärkten wirtschaftlichen Verknüpfungen mit dem Ausland schlagen sich in der Erhöhung der Anzahl der be-

Tabelle 3

Zahl, Einkünfte und Steuerschuld der steuerbelasteten unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen (ohne Organgesellschaften) 1971

Gesamtbetrag der Einkünfte	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt									Darunter					
										Kapitalgesellschaften			Davon		
	Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Kolonialgesellschaften														
	Steuerpflichtige			Gesamtbetrag der Einkünfte			Steuerschuld			Steuer- pflich- tige	Gesamt- betrag der Ein- künfte	Steuer- schuld	Steuer- pflich- tige	Gesamt- betrag der Ein- künfte	Steuer- schuld
Anzahl	%	Veränd. geg.68 in %	Mill. DM	%	Veränd. geg.68 in %	Mill. DM	%	Veränd. geg.68 in %	Anzahl	Mill. DM	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Mill. DM	
unter 3000	1 869	21,8	+28,2	3	0,1	+27,4	1	0,0	+18,2	1 314	2	1	6	0	0
3000 bis unter 8000	1 148	13,4	+ 2,4	6	0,1	- 0,3	2	0,1	+ 0	812	4	1			
8000 bis unter 12000	543	6,3	- 4,1	5	0,1	- 3,7	2	0,1	- 1,2	374	4	1	9	0	0
12000 bis unter 16000	369	4,3	-11,9	5	0,1	-12,1	2	0,1	-10,0	242	4	1			
16000 bis unter 20000	337	3,9	+12,0	6	0,1	+12,2	2	0,1	+14,4	226	4	1	-	-	-
20000 bis unter 25000	340	4,0	+14,9	8	0,2	+15,8	3	0,1	+15,7	225	5	2	6	0	0
25000 bis unter 50000	976	11,4	+24,3	35	0,7	+25,0	13	0,6	+27,9	589	21	8			
50000 bis unter 100000	885	10,3	+32,5	63	1,2	+32,8	23	1,1	+32,5	525	38	14	6	0	0
100000 bis unter 200000	655	7,6	+20,6	93	1,8	+19,7	34	1,7	+16,6	409	58	21	13	2	1
200000 bis unter 500000	625	7,3	+36,2	195	3,8	+31,7	71	3,5	+23,7	410	128	47	24	7	2
500000 bis unter 1 Mill.	325	3,8	+29,5	229	4,5	+28,8	87	4,3	+26,4	232	162	63	24	17	6
1 Mill. bis unter 2 Mill.	232	2,7	+45,0	324	6,4	+44,5	120	5,9	+40,1	184	260	97	36	51	18
2 Mill. bis unter 5 Mill.	153	1,8	+30,8	478	9,4	+35,2	185	9,1	+38,7	123	379	152	26	82	32
5 Mill. bis unter 10 Mill.	57	0,7	- 1,7	409	8,1	+ 4,2	140	6,9	- 0,2	47	332	117	13	92	32
10 Mill. bis unter 20 Mill.	34	0,4	+25,9	471	9,3	+34,7	178	8,8	+49,9	34	471	178	13	187	61
20 Mill. und mehr	30	0,3	+30,4	2 733	54,0	+34,0	1 163	57,4	+66,3	27	2 630	1 124	14	1 184	443
Insgesamt	8 578	100	+18,3	5 060	100	+30,8	2 025	100	+47,7	5 773	4 502	1 829	190	1 623	596

Differenzen der Summen durch Runden der Zahlen.

schränkt Steuerpflichtigen nieder, die um 30 auf 92 angestiegen war. Das zu versteuernde Einkommen dieser Unternehmen betrug 22 Mill. DM. Wegen ihrer relativ geringen quantitativen Bedeutung werden die beschränkt Steuerpflichtigen in die folgende Darstellung nicht einbezogen.

Die Gesamtsumme der steuerlichen Verluste belief sich auf 1307 Mill. DM. Mit dem Zuwachs von 50,4% waren die steuerlichen Verluste schneller gestiegen als die Zahl der Fälle, dadurch erhöhte sich der Verlust je Fall von 199 000 DM (1968) auf 229 000 DM (1971).

0,7% der unbeschränkt Steuerbelasteten erwirtschafteten 10 Mill. DM und mehr

Von den 8578 steuerbelasteten Körperschaftsteuerpflichtigen (ohne Organgesellschaften) erzielte ein starkes Drittel einen steuerlichen Gewinn von weniger als 8000 DM im Jahre 1971, diese Unternehmen konnten aber lediglich 0,2% der gesamten Gewinnsumme auf sich vereinigen. Einen Gewinn von über 8000 DM bis unter 1 Mill. DM erreichten rund 57% der Unternehmen, sie waren mit 13% an der Gesamtsumme des steuerlichen Gewinns beteiligt. Nur knapp 6% der Unternehmen konnten einen Gewinn von mehr als einer Million ausweisen, sie brachten es aber auf rund 87% des gesamten steuerlichen Gewinns. In besonderem Maße fällt auf, daß die 0,7% der

Unternehmen mit einem Gewinn von über 10 Mill. DM nahezu zwei Drittel des gesamten steuerlichen Gewinns erwirtschafteten.

Der durchschnittliche Gewinn der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen betrug 589 958 DM. Dieser Wert stellt die Gewinnsituation der Unternehmen, insgesamt in einem sehr günstigen Lichte dar. Dies ist der ausgeprägten Linksteilheit der Häufigkeitsverteilung der Gewinne zuzuschreiben. Eine aussagekräftigere Darstellung gibt aus diesem Grunde der Zentralwert wieder, der das Mindesteinkommen von 50% der Steuerbelasteten angibt und für die Gesamtheit der Körperschaftsteuerpflichtigen 20 355 DM betrug.

Die Gewinnsituation der Unternehmen stellt sich bei den einzelnen Rechtsformen in unterschiedlicher Art und Weise dar. Der durchschnittliche Gewinn bei einer Aktiengesellschaft war nahezu 17mal höher als bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Bei beiden Rechtsformen liegt der Zentralwert beträchtlich unter dem Durchschnittswert. Die Zentralwerte unterscheiden sich aber noch weitaus stärker als die Durchschnittswerte, so war der Zentralwert der Aktiengesellschaften rund 71mal größer als bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Mit den Quartilswerten können Verteilungsverschiebungen im Zeitablauf gut veranschaulicht werden. Die Quartilswerte der Gewinne der Aktiengesellschaften lagen 1971 über den

Tabelle 4

Steuerlicher Gewinn der steuerbelasteten Körperschaftsteuerpflichtigen (ohne Organgesellschaften) in DM

	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt			Darunter					
				Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Kolonialgesellschaften			Gesellschaften mit beschränkter Haftung		
	1968	1971	1968 = 100	1968	1971	1968 = 100	1968	1971	1968 = 100
Arithmetisches Mittel	533 412	589 958	110,6	6 411 087	8 541 442	133,2	553 498	515 862	93,2
Quartilswerte ¹⁾									
1. Quartil	4 585	4 215	91,9	175 000	299 990	171,4	3 850	3 543	92,0
2. Quartil (Zentralwert)	16 836	20 355	120,9	702 700	1 222 200	173,9	18 954	17 138	90,4
3. Quartil	86 900	98 136	112,9	2 750 000	4 192 400	152,4	115 987	91 235	78,6

¹⁾ Die Quartile geben die oberen Grenzen der Einkommensbereiche an, in die 25%, 50% und 75% der Steuerpflichtigen fallen.

Werten von 1968. Gegenüber den gut verdienenden Unternehmen hatte sich die Gewinnlage der Unternehmen der unteren und mittleren Gewinnklassen stärker verbessert. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung lagen sowohl der durchschnittliche Gewinn als auch die einzelnen Quartilswerte von 1971 unter den entsprechenden Werten von 1968. Die Gewinne in den unteren Gewinnklassen hatten sich dabei weniger stark verringert als die Gewinne in den oberen Größenklassen.

Kräftiger Anstieg der Unternehmen in der Rechtsform der GmbH

Nahezu zwei Drittel der Körperschaftsteuerpflichtigen hatten 1971 die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt. Auffallend ist der beachtliche Anstieg der Unternehmen in der Rechtsform der GmbH um 49,1%. Ein überdurchschnittlicher Zuwachs ist vor allem bei den Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Gewinn unter 50 000 DM festzustellen. Schon bei früheren Erhebungen fiel das rasche Ansteigen der Zahl der Unternehmen mit dieser Rechtsform auf.

Änderungen von gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Aktiengesetzes, könnten als Ursache angesehen werden. Im Zeitraum 1968 bis 1971 war der Zuwachs bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung nicht den Umwandlungen der Rechtsform sondern fast ausschließlich den Neugründungen zuzuschreiben. Die Eigenschaften der GmbH, wie Haftungsbeschränkungen und eingeschränkte Publizitätspflichten bei weitgehender Aufrechterhaltung der Vorteile der Personengesellschaften, wirken sich vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen aus, die keinen großen Kapitalbedarf haben. Diese These wird von den statistischen Ergebnissen bestätigt. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit dieser Rechtsform stieg im wenig kapitalintensiven Dienstleistungsbereich um rund 83%. Die tiefergegliederten Ergebnisse der Statistik der Kapitalgesellschaften verdeutlichen, daß im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens der Anstieg der Unternehmen in der Rechtsform der GmbH besonders stark war. Andererseits weist die ansteigende Zahl der Konkurse bzw. Liquidationseröffnungen auf die oftmals unzureichende Kapitalausstattung dieser Unternehmen hin.

Dipl.-Volkswirt Bernd Beutler

Buchbesprechung

Dienst-, Sozial- und Steuerrecht im öffentlichen Dienst (Tarifrecht)

Lose-Blatt-Ausgabe, z. B. 1500 Seiten in 2 Kunstleder-Sammelordnern, bis zum Liefertag ergänzt DM 42,-. Ergänzungsseiten 11 Pf., (Nr. 10180). Luchterhand Verlag, 545 Neuwied.

Ergänzungslieferung Nr. 30

Aus dem Inhalt:

1 a. Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes – MTB II – vom 27. Februar 1964 (GMBI. S. 174; Min-BIFin. S. 210). Änderungen.

7 a. Richtlinien über die Einreihung der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte vom 18. Mai 1971.

1 a. Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder – MTB II – vom 27. Februar 1964. Änderungen.

1 b. Zwanzigster Ergänzungstarifvertrag zum BMT-G II vom 12. Juni 1974.

8 a. Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Lehrlinge vom 7. März 1971. Änderungen.

Der Verlag liefert auf Wunsch ein komplettes Werk für vier Wochen kostenlos und unverbindlich zur Ansicht.

Statistik von Baden-Württemberg, Band 209

Bildungswesen 1974

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat soeben den Querschnittsband „Bildungswesen 1974“ in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium veröffentlicht. Mit dieser Dokumentation werden wieder der Stand und die zahlenmäßige Entwicklung des Bildungswesens in Baden-Württemberg dargestellt. Durch die Aufnahme zahlreicher regional aufgegliederter Übersichten sollen die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen noch deutlicher als in den vergangenen Jahren zum Ausdruck kommen.

Besonders ausgebaut wurde der Abschnitt „Berufliches Schulwesen“, womit die Bedeutung dieser Schulart für das gesamte Bildungswesen stärker hervorgehoben werden soll.

154 Seiten, 7,- DM.

Zu beziehen vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Postfach 898